

„Möge 1923 besser werden ...“

Einführung

MICHAEL BORCHARD

Wie trügerisch die alte sprichwörtliche Beschwichtigungsformel ist, „gräme Dich nicht, denn es könnte schlimmer kommen...“, das hat sich die Schwiegermutter des großen Thomas Mann, Hedwig Pringsheim, wohl kaum träumen lassen, als sie am Silvesterabend 1922 Stift und Tagebuch in die Hand nahm und schrieb: „Möge 1923 besser werden, als dies nach jeder Richtung schlimmste 1922. Amen!“¹ Sie grämte sich nicht und es kam leider schlimmer, viel schlimmer.

Andere Autoren haben damals und später versucht in Worte zu fassen, welchen Charakter dieses ebenso dramatische wie ereignisreiche Schlüsseljahr für sie hatte. Die Geschichte habe, so Stefan Zweig, „nie eine ähnliche Tollhauszeit in solchen riesigen Proportionen produziert“.² Damals und bis heute überschlagen sich Autoren in der Wahl dramatischer Titel für dieses Krisen-, Katastrophen-, Schicksals- und Untergangsjahr, und überdies ist auffällig, ja fast eine Modeerscheinung, welche Fülle von Büchern und Betrachtungen dieses Jahr in den Blick nehmen.

Tatsächlich türmten sich schon zu Beginn des Jahres 1923 die Herausforderungen und Katastrophenmeldungen in einem Maß auf, das auch für den größten Pessimisten kaum vorstellbar war: Da ist schon in den ersten Tagen des Jahres die sich abzeichnende Hyperinflation. „Die Geldsache wird immer dunkler und unübersehbarer“, schreibt Victor Klemperer am 11. Januar 1923³; da ist am gleichen Tag die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Soldaten; da sind gravierende Streiks im Rahmen des passiven Widerstandes, der nachwirken wird – der DVP-Politiker Karl Jarres spricht im September 1923 von der „klaffenden Wunde, mit der wir aus dem Abwehrkampf herausgehen“ und die „tief schmerzlich“ sein und brennen werde⁴; da sind Separatisten, vor allem im Rheinland, die mit der Unterstützung der französischen Besatzer versuchen, einen eigenen Staat zu etablieren; da ist das Jahr der Extremisten und im November der Hitler-Putsch, der, wie Volker Ullrich schreibt, „dilettantisch“ ist⁵ und ebenso scheitert wie der sogenannte Hamburger Aufstand der Kommunisten; da ist das Jahr, in dem so viele Menschen

¹ Herbst (2017): Hedwig Pringsheim, S. 335.

² Zweig (o.J.): Die Welt von gestern, S. 346 f.

³ Zitiert nach: Käfer (2023): Historischer Rückblick.

⁴ In: Erdmann/Vogt (1978): Die Kabinette Stresemann I u. II, Dokumente Nr. 115 bis 282, S. 926.

⁵ Ullrich (2022): Deutschland 1923, S. 215.

in bittere Armut und Arbeitslosigkeit absinken wie selten zuvor; da ist die anhaltende politische Gewalt.

Wenn man sich dieses dystopische Szenario, diese Weltuntergangsstimmung ansieht, dann stellt sich schon die Frage, warum es so sinnvoll ist, sich 100 Jahre später mit diesem ereignisreichen Jahr so eingehend auseinanderzusetzen. Gilt es gar in den unruhigen Tagen nach der Zeitenwende einen überdeutlichen pessimistischen Fingerzeig auf angebliche Parallelitäten mit den gegenwärtigen Entwicklungen zu richten: Müssen wir aus dieser historischen Brille auf Polarisierungen in Politik und Gesellschaft, auf einen gewissen Prozentsatz von Menschen schauen, der auch heute das Vertrauen in die Demokratie verloren hat, auf eine Abfolge von Krisen in den letzten Jahren, die die öffentlichen Kassen und die gesellschaftliche Geduld strapazieren? Spielen wir damit gar das Spiel jener Polarisierer und Extremisten, die den baldigen und unabwendbaren Untergang unserer gegenwärtigen und bewährten demokratischen Strukturen vorhersagen. Oder treibt uns im Kontrast dazu gar der tausendste Versuch, deutlich zu machen, dass zunächst Bonn und dann Berlin nicht Weimar sind, obwohl die Bundesrepublik längst als krisenfestes Staatswesen gilt, das einen solchen Vergleich eigentlich gar nicht mehr notwendig macht? Wenn es stimmt, was der Zeithistoriker Ulrich Herbert im Blick auf die Weimarer Zeit sagt, nämlich, dass Historiker schlechte Zukunftsdeuter seien,⁶ warum geschieht dann diese auffällige Auseinandersetzung mit diesem Jahr?

Historiker mögen schlechte Zukunftsdeuter sein, die Deutung der kommenden Ereignisse ist im Übrigen ja auch gar nicht ihr wissenschaftlicher Anspruch, aber sie sind gewiss gute Interpreten der Vergangenheit, weil sie dazu fähig sind, das gilt wenigstens für die kompetenten Vertreter dieser Zunft, Verknüpfungen herzustellen, Kontexte aufzuzeigen. Der Hype um die Parallelitäten von 1923 und 2023, die Bereitschaft, in 1923 allzu simpel jenes Jahr zu sehen, von dem aus sich eine ganz direkte Brücke in das Jahr 1933 bauen lässt, vor allem aber der Versuch, das Schicksalsjahr 1923 allzu singular als dunklen einzelnen Stein zu betrachten, der eben nicht in eine Fassung von Ereignissen eingegossen ist, alles das macht es doch sinnvoll, differenzierter hinzuschauen. Dann blitzt hinter dem dystopischen Weltuntergangsszenario schnell auch hervor, dass der Eindruck der Zwangsläufigkeit von historischen Ereignissen aus der Rückschau eben täuscht und das Jahr 1923 nicht nur ein Krisen-, sondern auch ein Aufbruchsjahr war. Nicht ganz zu Unrecht schreibt der Historiker Robert Gerwarth, die Weimarer Republik hätte bis zum Ende des Jahres 1923 „ungleich dramatischere Herausforderungen überstanden als sie die Bundesrepublik nach 1949 bewältigen musste.“⁷ In der Tat kündigt das Jahr 1923 mehr von der „Selbst-

6 Zitiert nach: Aubreville (2022): Krise als Häppchen.

7 Gerwarth (2023): Wie sich die Weimarer Republik behauptete.

behauptung der liberalen Demokratie“, so der Titel dieses Bandes und der ihr zugrunde liegenden Tagung, als von ihrem Untergang.

Am Ende des Schicksalsjahres waren die Extremisten, die der Republik nach dem Leben getrachtet hatten, wenigstens vorübergehend marginalisiert. Die Separatismusbestrebungen waren zurückgedrängt und das Reich als nationaler Einheitsstaat war bewahrt worden. Die Inflation, die das Land so erschüttert hatte, konnte beendet werden.

Die Frage, die aus heutiger Sicht entscheidend bleibt, ist, ob die nach 1923 rasch zurückgewonnene Stabilität nur eine Illusion war und alles Vertrauen dahin war, wie etwa Peter Longerich vermutet⁸, oder ob, wie die Reichstagswahlen von 1928, die eine klare Mehrheit für das prorepublikanische Lager erbrachten, eben doch zeigen, dass die Katastrophe 1933 nicht vorgezeichnet war.

Wir freuen uns außerordentlich, dass es uns gelungen ist, so viele hervorragende Wissenschaftler für unser Experiment eines differenzierten Blickes zu gewinnen – zunächst für die gemeinsame Tagung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und der Konrad-Adenauer-Stiftung im Jahr 2023 und nun auch für dieses Buch, das wesentliche Beiträge dieser Tagung mit teils neuen Erkenntnissen aus den unterschiedlichsten Perspektiven zusammenfasst.

Weil es unmöglich ist, den Verlauf und die Wirkung dieses Jahres zu verstehen, ohne mit dem Ersten Weltkrieg das Ereignis in den Blick zu nehmen, das als „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts in die Geschichte eingegangen ist und weil bei nicht wenigen deutschen Historikern der Versailler Vertrag als die „kritische Masse“ gesehen worden ist, die die fatale Kettenreaktion hin zum Nationalismus mit in Gang gesetzt habe, ist gerade bei diesem Thema ein differenzierter Blick auf die deutsche Außenpolitik, den Vertrag von Versailles und auf die internationalen Beziehungen dieser Zeit so besonders wichtig. Horst Möller geht als Autor eines der Standardwerke zur Weimarer Zeit⁹ eingehend auf die Kernfrage ein, die Geschichtswissenschaftler umgetrieben hat: Sei der Vertrag zu hart gewesen, weil er mit seinen Lasten erst den Nährboden für die Nationalisten und Revisionisten geboten habe, oder eben zu weich, weil er Deutschland als Großmacht im Wesentlichen bestehen ließ? Dass der Vertrag, der nicht nur bei deutschnationalen und extremistischen Kräften, sondern auch bei den Liberalen und den Sozialdemokraten als „Diktat“ empfunden worden ist, einen wesentlichen Anteil an der Instabilität des Jahres 1923, aber eben nicht nur dieses Jahres hatte, scheint heute unstrittig. Die damalige Auseinandersetzung über den Vertrag jedenfalls hat nahezu alle Stürze der Regierungen zwischen 1919 und 1930 mit beeinflusst. Die Debatte über den Vertrag erhält freilich mit der Ruhrkrise 1923 noch einmal eine ganz neue Brisanz. Die Vereinbarung zur Räumung des Ruhr-

⁸ Zitiert nach: Gallus (2023): Das Weimarer Doppelgesicht; siehe auch Longerich (2022): Außer Kontrolle.
⁹ Möller (1994): Weimar. Die unvollendete Demokratie; ders. (2018): Die Weimarer Republik.

gebietes und die Vereitelung von separatistischen Bewegungen sind nur zwei der Verdienste, die sich Gustav Stresemann in der kurzen Zeit seiner Kanzlerschaft als Krisenmanager erworben hat. Horst Möller sieht ihn als den wesentlichen Stabilisator des Jahres 1923 und auch der Weimarer Demokratie.

Ewald Grothe ordnet Stresemanns – gegenüber den Erfolgen als Außenminister zu Unrecht bisweilen vergessene – Rolle in diesem Jahr in seinem Beitrag dementsprechend positiv ein. Er verweist zugleich auf die unterschiedliche Sicht der Zeitgenossen, die eher aus der Unmittelbarkeit heraus die Probleme betonten, die das Kabinett Stresemann hinterlassen hatte und der Historiker, die herausgestellt haben, dass in dieser kurzen Zeit wesentliche Weichen für eine vorübergehende Gesundung „Weimars“ gestellt worden sind. Diese Erfolge, darunter die Entschärfung der Ruhrkrise, die erfolgreiche Bekämpfung der Inflation und die Abwehr radikaler Kräfte in Bayern und Sachsen, seien, so Grothe, ein „Jahrhundertvermächtnis“ des Kanzlers gewesen.

Das erste Kapitel dieses Buches trägt der Tatsache Rechnung, dass die Ruhrkrise nicht nur oft missinterpretiert worden ist, sondern heute anders als die Inflation beim Blick auf 1923 auch weitgehend aus dem allgemeinen Bewusstsein verschwunden ist. Karl-Peter Ellerbrock vom Westfälischen Wirtschaftsarchiv weist in seinem Beitrag nach, dass die Reparationsleistungen und der Einmarsch französischer und belgischer Truppen im Ruhrgebiet und die damit verbundenen Krisensymptome Ausdruck einer mehrfach gebrochenen historischen Identität seien, die das Ruhrgebiet bis heute prägen.

Holger Löttel von der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus beschäftigt sich mit den separatistischen Bestrebungen im Rheinland und der Pfalz mit jenem Thema, das bei allen propagandistischen Angriffen auf Konrad Adenauer – vornehmlich aus der DDR – als „schlagender Beweis“ für die angebliche politische Unzuverlässigkeit des rheinischen Politikers erhalten musste. Holger Löttel schildert die politischen Strategien Adenauers als Krisenmanagement des Kommunalpolitikers, betont aber zugleich, dass der „Legalist“ Adenauer jede Aktion als von der Zustimmung der preußischen Regierung und der Reichsregierung abhängig ansah und sich keinesfalls über deren Beschlüsse hinweggesetzt hätte.

Walter Mühlhausen von der TU Darmstadt wiederum nimmt die innenpolitischen Folgen der beiden Ereignisse, vor allem aber das Wirken der insgesamt vier Regierungen des Jahres 1923 und insbesondere der Kabinette Cuno und Stresemann in den Blick. Dabei beschreibt er nicht nur die Beziehung der Machtzentren Reichspräsident, Regierung, Reichstag und Parlamentsfraktionen und die Verlagerung von Kräften in diesem Geflecht, sondern auch, dass ein Krisenmanagement, das zeitweilig auch verfassungsrechtlich nicht vorgesehene Wege gegangen sei, letztlich mit verhindert habe, dass das Reich in den Abgrund gestürzt sei. Der Demokrat Stresemann schreibt in einem Brief an den Industriellen Hugo Stinnes 1923: „Wir kämpfen